

SoVD-Position

Weiterentwicklung Elterngeld

Sozialverband
Deutschland e. V.

Abteilung Sozialpolitik

Bei Rückfragen:

Tel. 030 72 62 22-0

Fax 030 72 62 22-328

sozialpolitik@sovd.de

Bei der Elterngeld-Streichung diskutieren wir über die Folgen für die Besserverdienenden. Wir vergessen aber die Eltern und alleinerziehenden Frauen, für die es jetzt nach Jahren der Pandemie, in Zeiten von Inflation und wirtschaftlicher Unsicherheit kaum reicht. Für den SoVD ist eine Erhöhung des Elterngeldes, gerade für Familien, die wenig haben, überfällig.

- Denn: Das Elterngeld wurde seit 16 Jahren nicht verändert.
- Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, den Basis- und Höchstbetrag beim Elterngeld zu dynamisieren – bislang ist das nicht erfolgt.
- Eine gesetzlich verankerte Dynamisierung des Elterngeldes ist überfällig: Die Inflation frisst inzwischen einen beträchtlichen Teil des Elterngeldes auf. Es muss jährlich angepasst werden, damit es den steigenden Lebenshaltungskosten nicht hinterherhinkt.
- Der SoVD fordert eine sofortige Anhebung des Mindestelterngeldes auf 400 Euro und des Höchstbetrages auf 2400 Euro. Eine dynamische Anpassung der Beträge muss auf Grundlage der Lohnentwicklung jährlich vorgenommen werden.
- Bis zu einem Nettoentgelt von aktuell 600 Euro (das ebenfalls dynamisiert werden sollte) sollten 100 Prozent als Elterngeld gezahlt werden, für das darüber liegende Entgelt müssen die Staffeln verbessert werden.
- Der SoVD spricht sich für die Erhöhung des Elterngeldes auf 80 Prozent des entgangenen Nettoeinkommens aus, wenn beide Eltern zu gleichen Teilen Elterngeld und Elternzeit beantragen und in Anspruch nehmen.

- Keine Anrechnung vom Mindestelterngeld auf SGB II- und SGB XII-Leistungen, Kinderzuschlag und Wohngeld, damit auch Eltern mit wenig oder keinem Einkommen vom Elterngeld profitieren können.
- Nach Ansicht des SoVD sind das Ehegattensplitting und auch die Steuerklassenkombination 3/5 nicht mehr zeitgemäß. Wenn wir dafür sorgen wollen, dass Erwerbs- und Sorgearbeit gerecht aufgeteilt werden, müssen beide Systeme für künftige Ehen abgeschafft werden. Denn sie geben falsche Anreize und das Nachsehen hat meistens die Frau. Dadurch werden sich neue finanzielle Spielräume ergeben.

20.9.2023